

Medienmitteilung

Thema	Abstimmungen vom 9. Februar 2014
Für Rückfragen	Laura Kopp laura.kopp@grunliberale.ch 079 696 73 28
Absender	Grünliberale Partei Kanton Luzern, 6000 Luzern lu@grunliberale.ch / www.lu.grunliberale.ch
Datum	15. Dezember 2013

Abstimmungsparolen des kantonalen Vorstands

Der Vorstand der glp Kanton Luzern lehnt die kantonale Volksinitiative "Abschaffung der Liegenschaftssteuern" ab. Abgelehnt werden auch die beiden nationalen Volksinitiativen "Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache" und "Gegen Masseneinwanderung". Unterstützung erhält demgegenüber der Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur.

Die Grünliberalen des Kantons Luzern setzen sich schon seit geraumer Zeit für die Einführung einer Bodenverbrauchssteuer ein. "Mit einer derartigen Steuer werden Anreize dafür geschaffen, dass die Ausnutzung des eingezonten Baulands erhöht und der Bedarf für zusätzliche Einzonungen reduziert wird", erläutert glp-Kantonalpräsidentin Laura Kopp. Letztendlich ist die Bodenverbrauchssteuer also ein Instrument zur Vorbeugung der weiteren Zersiedlung und zur Förderung des verdichteten Bauens.

Aus Sicht der Grünliberalen des Kantons Luzern ist die nun zur Diskussion stehende Liegenschaftssteuer eine Art Bodenverbrauchssteuer. Deshalb hat die grünliberale Fraktion des Kantonsrats deren Abschaffung abgelehnt. Der Vorstand der Grünliberalen des Kantons Luzern folgt dieser Ansicht und spricht sich klar gegen die Volksinitiative "Abschaffung der Liegenschaftssteuern" aus.

Ebenfalls klar abgelehnt werden die beiden nationalen Volksinitiativen "Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache" und "Gegen Masseneinwanderung". Die Ja-Parole fasste der Vorstand einzig für den Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (FABI).